

am 29. März 2020

Fleischskandal: Wilke weiter Fall für Justiz und Politik

Vor einem halben Jahr zog der Wilke-Fleischskandal bundesweit Kreise. Von der Firma, die ihn auslöste, ist nicht mehr viel übrig. Doch für Justiz, Politik und Foodwatch ist die Sache noch nicht abgeschlossen.

Twistetal/Wiesbaden/Berlin (dpa) - Den Ausverkauf beim insolventen Wursthersteller Wilke kann selbst die Corona-Krise nicht aufhalten: Werbeschilder, Maschinen, Fahrzeuge - fast alles, was sich bei der nordhessischen Firma zu Geld machen ließ, ist mittlerweile verkauft.

„...Wir haben noch 10 bis 20 Positionen, doch das ist nicht der Rede wert...“, sagt Auktionator Hubert Küpers von der Industrie-Verwertungs-GmbH (IVG).

1200 Verkaufspositionen seien es ursprünglich gewesen. Der Erlös liege im siebenstelligen Bereich - und werde zum Großteil an die Gläubiger des Fleischwarenproduzenten gehen. Ein Teil der Geräte stehe noch am Firmenstandort in Twistetal-Berndorf - ausländische Käufer hätten sie wegen der Coronakrise noch nicht abgeholt.

Vor einem halben Jahr sorgte die Wilke Waldecker Fleisch- und Wurstwaren GmbH & Co. KG für einen Lebensmittelskandal: Am 2. Oktober 2019 teilte der für die Lebensmittelüberwachung vor Ort zuständige Landkreis Waldeck-Frankenberg mit, dass man den Fleischhersteller mit 200 Mitarbeitern geschlossen habe. In seinen Waren seien mehrfach Listerien nachgewiesen worden. Todesfälle würden mit Wilke-Produkten in Verbindung gebracht. Die Keime können bei geschwächtem Immunsystem lebensgefährlich sein.

Es folgte eine weltweite Rückrufaktion. Bei der wurde schnell die Nachvollziehbarkeit des Wegs der Wurstwaren in den Handel zum Streitpunkt. Hieß es anfangs, das Fleisch sei nur unter dem Firmennamen verkauft worden, wurde schnell klar: Wilke-Wurst landete auch in Kantinen, Schnellrestaurants, Handelsmarken. Immer wieder forderte die Verbraucherorganisation Foodwatch die Offenlegung aller Informationen zu Verkaufsstellen.

In die Kritik gerieten auch die Lebensmittelkontrolleure: Die hessische Verbraucherschutzministerin Priska Hinz (Grüne) und der Landkreis Waldeck-Frankenberg räumten Fehler auf allen Ebenen ein. Unter anderem leitete das Ministerium eine Nachricht des Bundesamts für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit über eine

Verbindung von Wilke-Produkten zu Krankheitsfällen Tage zu spät an den Kreis weiter. Dieser hatte laut Ministerium deutlich zu wenig kontrolliert und unzureichend über Hygiene-Missstände bei Wilke berichtet.

Der Fleischskandal weitete sich aus. Prüfberichte schilderten Ekeldetails von unhaltbaren Zuständen im Betrieb. Wilke wurde zu einem Fall für die Justiz: 37 Krankheitsfälle, darunter drei Todesfälle, werden mit Produkten der Firma in Verbindung gebracht. Die Staatsanwaltschaft Kassel ermittelt gegen Geschäftsführer, stellvertretende Geschäftsführerin und Produktionsleiter. «Neben dem Verdacht der fahrlässigen Tötung, der fahrlässigen Körperverletzung und des Verstoßes gegen das Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch besteht nunmehr auch der anfängliche Verdacht des gewerbsmäßigen Betruges gegen die Beschuldigten», sagt Justizsprecher Andreas Thöne. Ob und wann es zur Anklage kommt, ist unklar.

Foodwatch fordert nun unter anderem eine Gesetzesänderung auf Bundesebene: Behörden und Händler müssten ohne Ermessensspielräume verpflichtet werden, alle gesundheitsrelevanten Informationen über Lebensmittel öffentlich zu machen.